Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

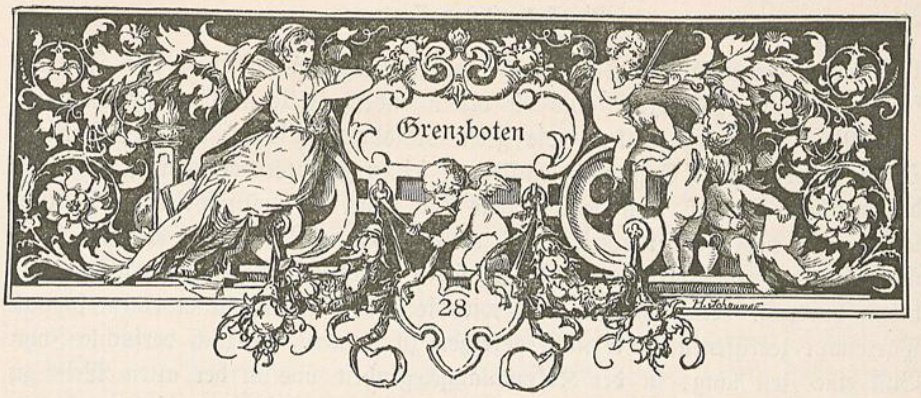
Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Zukunft des Zentrums.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library



Die Zukunft des Zentrums.

Wir können uns jetzt kaum noch in das Jahr 1871 zurückdenken, wo das Zentrum noch das „sogenannte Zentrum" hieß, wo man meinen konnte, der Papst mißbillige das Vorgehen dieses „sogenannten Zentrums," und wo ein Mann wie der Reichskanzler diese Mißbilligung, die diplomatisch sicher bekundet worden war, auch aus dem bisherigen Verhalten des Papstes erklärlich fand. Die Enttäuschung folgte freilich bald. Antonelli stellte in einem Briefe an den Bischof Ketteler die Sache ganz anders dar. Höchstens „verfrüht" und zu hitzig seien die Zentrumsbestrebungen, aber es falle dem Papste nicht ein, das Bestreben der katholischen Abgeordneten, das Wohl der Kirche und die Rechte des heiligen Stuhles zu schützen, von seiner Seite zu mißbilligen. Kurz, die Schwenkung in Rom, die uns jetzt so zweifellos natürlich vorkommt, war vollbracht.

Seitdem ist im kirchenpolitischen Kampfe das Zentrum von Jahr zu Jahr erstarkt und unter dem Segen Roms und der Führung eines klugen und kenntnisreichen Mannes parlamentarisch so mächtig geworden, daß eine ähnliche Parteiwucherung nirgends aufzuweisen ist. Allen Bestrebungen, die auf Stärkung des Reiches zielten und die Umstürzler bändigen sollten, allen Maßregeln überhaupt, die irgendwie im Sinne der bestehenden Regierung lagen, trat diese Partei entgegen, mit Ausnahme der Schutzzollfrage. Und so wohlberechnet und wirksam war die Leitung der Fraktion, daß die bittersten Feinde des Schutzzolls, die auf Leben und Tod gegen jede Verletzung des Freihandels gekämpft hatten, doch mit dem Zentrum sich eng verbündeten. Denn Eugen Richters Schaar erkannte, daß das Zentrum etwas Erhebliches leistete in der systematischen Bekämpfung des Kanzlers und jeder bestehenden preußisch-deutschen Regierungsgewalt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Um dieser gemeinsamen edeln Sache willen vergaßen sie, daß das Zentrum den sogenannten „Blutzoll" und die vielen andern Zölle mit durchgesetzt hatte.

Man kann sich denken, wie gern Salisbury, als er von der Berliner Orientkonferenz nach England zurückkehrte, seinen Zuhörern von der Zerrissenheit der deutschen Politik, von dem Streite der zehn bis zwölf Parteien Deutschlands und der Sonderbarkeit eines ultramontanen Zentrums, das in einem überwiegend protestantischen Lande so vieles durchsetze, die selbsterlebten Einzelheiten vortrug. Die innere Politik wie die äußere scheint ja in einem so von Parteiwut zerrissenen Volke nicht gedeihen zu können. Wirklich versuchte John Bull eine Zeit lang, in der Kolonialangelegenheit uns in der alten Weise zu behandeln; und wäre das Gebiet unsrer auswärtigen Angelegenheiten auch verfassungsmäßig parlamentarisch organisirt, so würde die Annahme der englischen Presse von unsrer Indolenz und Bedeutungslosigkeit sich bewährt haben. So aber gilt der Name und die Energie des Reichskanzlers in diesen Dingen immer noch mehr, als die Oppositionsparteien wünschenswert finden.

Wie der Reichskanzler über die Möglichkeit oder vielmehr über die Unmöglichkeit dachte, mit den Grundsätzen des Zentrums das Reich zu leiten, war seit langer Zeit bekannt. Am deutlichsten hat er sich vielleicht im November 1885 bei Gelegenheit der jesuitischen französischen Missionspriester für die Kamerunmission darüber ausgesprochen, sodann in der Motivirung der Absicht, die entscheidenden Milderungen der Maigesetze lieber direkt mit dem Papste zu versuchen, als mit dem Zentrum. Kurz, diese Stellung war seit langem bekannt.

Es fehlte aber nicht an Stimmen, die noch immer den Gedankengang wiederholten: Wenn die Maigesetzgebung einmal durch gehörige Revisionen den Stachel verloren habe, wenn damit der lebhafte Kampf aufhöre, so werde das Zentrum sich in seine Elemente auflösen; die einen würden sich den konservativen Parteien anschließen, die andern den liberalen, je nach ihren politischen Überzeugungen. Die Abnormität einer kirchlich-konfessionellen Partei mitten in der Politik werde jedenfalls verschwinden, wenn die religiösen Bedürfnisse des Volkes vom Staate nicht mehr in Frage gestellt würden. Damit verband sich die andre Meinung, daß das Zentrum, um die Partei nur zusammenzuhalten, ein Interesse habe, neue Kämpfe und Kampfobjekte zu ermitteln. Beide zusammengehörige Meinungen wurden zwar oft von Kennern der Verhältnisse bekämpft, aber es blieb noch ein Zweifel übrig. Jetzt kann man wieder sagen in dieser Sache: Roma locuta est. Das gut katholische Blatt, der Osservatore Romano, ist der Frage, wie die „Germania" freudig berichtet, näher getreten und bespricht die Zukunft des Zentrums. Nachdem das römische Blatt zunächst die schon vom Moniteur de Rome hervorgehobene Thatsache verzeichnet hat, daß das Zentrum neben der kirchenpolitischen Streitfrage noch auf sozialem Gebiete eine große Aufgabe zu erfüllen habe, betont es, an die Encyklika des heiligen Vaters über die soziale Frage anknüpfend, daß die katholische Kirche einen mächtigen

Faktor bilde, mit dem jeder rechnen müsse, der auf sozialem Gebiete etwas erreichen wolle. Das Zentrum werde diesen Gesichtspunkt nie aus den Augen verlieren und mit der gewohnten Entschlossenheit und Kampfesfreudigkeit auf der betretenen ehrenvollen Bahn fortschreiten, welche ihm die Sorge um die sozialen Interessen des Landes stets vorgezeichnet hätten. Gewiß sei daher, daß jene heldenmütige Schaar die vollständige Verwirklichung ihres Programms, wie es von Anbeginn aufgestellt und nie aufgegeben gewesen sei, sich zur Lebensaufgabe stellen würde, und als ein großes Glück werde es bezeichnet werden müssen, wenn auch die Katholiken andrer Länder dem gegebenen Beispiele der ausdauernden Thatkraft der deutschen Katholiken folgten, weil nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt die unbedingte Notwendigkeit einer sozialen Reform vorliege und überall die Wege, welche hierin zum Ziele führten, dieselben seien.

Damit ist also in vorsichtiger Weise zunächst angesagt, daß das Zentrum weiter kämpfen werde, und zwar wenigstens, um die soziale Reform in katholischem Sinne zu betreiben. Diese Reform, die, wie mit Recht betont wird, in der ganzen Welt unbedingt notwendig ist, wird nach den Hoffnungen des ultramontanen Blattes alle Staatsmänner zwingen, die katholische Kirche, diesen mächtigen sozialen Faktor, zu Hilfe zu rufen. Da ist denn das Zentrum die ganz geeignete Körperschaft, durch ihren parlamentarischen Einfluß diese Bedeutung der katholischen Kirche fühlbar zu machen. Läßt sich im Anschluß an die gut geschulte Zentrumsfraktion eine Majorität von Welfen, Polen, Freisinnigen, Konservativen (und Windthorstianern) schaffen, die jede Zustimmung zu einer wünschenswerten Maßregel davon abhängig macht, daß alle sozialen Reformen in katholischem Sinn angegriffen werden, so ist der Wille des Papstes dann auf dem politischen Gebiete so siegreich wie auf dem geistlichen. Diese Aussicht und diese Möglichkeit wird stets den Papst verhindern, den politischen Katholizismus in parlamentarischer Form, wie ihn das Zentrum darstellt, zu desavouiren. Es ist ein bloßes Spiel der Gedanken, zu fragen, ob eine päpstliche Erklärung das Zentrum auflösen könnte. Wenn es noch so gewiß ist, daß diese Erklärung die auflösende Wirkung hätte, sie wird nie erfolgen.

Und darüber möchten wir noch einige Worte sagen.

Die Partei des politischen Katholizismus ist älter als der Kulturkampf, daher ist es schon nicht wahrscheinlich, daß sie mit dem Eintritt des modus vivendi zugleich ihre Selbstauflösung vollziehen werde. Der politische Katholizismus stammt aus dem Jahre 1848, wo die freie Bewegung der Massen erkennen ließ, was man bei gehöriger Ausbeutung der vielen neuen Freiheiten durch den geistlichen Druck konstitutionell erreichen könne. Im Oktober 1848 wurde in Würzburg das Werk im großen geregelt. Erzbischof Geissel, die Seele des Ganzen, fand auch in Berlin, wo er Mitglied der Nationalversammlung war, gute Helfer, einmal den Demokraten Waldeck, den katholischen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Volksmann und Obertribunalsrat, und die katholische Abteilung im Kultusministerium, die sich gern zum Besten der „Kirche" mit Aktenstücken und Ratschlägen behilflich zeigte. Dazu kam noch später ein Agent, welcher ultramontane, welfische und französische Ziele in seiner Thätigkeit hübsch verband. Genug, von 1848 an steckte man in kirchlich-politischer Thätigkeit durch Benutzung der Wahlen und der Parlamente. „Katholische Partei" oder „Partei Reichensperger" waren die damals gebräuchlichen Namen. Der Reichskanzler hat einmal bemerkt, daß sich diese Partei damals, wenn sie auch nicht mit solchem Schwergewicht eingriff, fast noch unangenehmer der reinen Negation hingab als die Partei Windthorst. Die Ereignisse von 1866 und 1870 ließen sich dem gewöhnlichen Katholiken leicht so deuten, daß eine verstärkte politische Aktion der Kirche notwendiger sei als je. Denn die gewohnten Stützen des Katholizismus verloren mit dem Unglück Österreichs und des Papstes und dem unerhörten Machtzuwachs einer protestantischen Dynastie sehr an Bedeutung. Da war eine Verstärkung der Kirche in den gesetzgebenden Versammlungen, auf der privilegirten Rednertribüne, durchaus geboten. Das Wort „Mobilmachung" paßt ganz genau auf diese Zusammenfassung des politischen Katholizismus. Die Unfehlbarkeit des Papstes hatte dem System innerhalb der Kirche selbst einen förderlichen Zusammenschluß gegeben, jetzt mußte man politisch nachhelfen, besonders in dem von dem protestantischen Glauben und dem protestantischen Staatsprinzip korrumpirten Preußen.

Die ersten kühnen Schritte mißlangen zwar. Weder konnte man in die Reichsverfassung die Paragraphen bringen, die in Preußen durch die Klugheit Waldecks eine tumultuarische Freiheit der Kirche, genauer der katholischen Bischöfe, hineingetragen hatten, noch konnte man dem Papste durch Einmischung Deutschlands seine weltliche Herrschaft wieder verschaffen.

Aber es liegt nicht in der Gewohnheit der Herren, sich von ihren Mißerfolgen entmutigen zu lassen. Sie verdoppelten die politischen Anstrengungen für die Wahlen. Katholische Männer wie Künzer, die zwischen den religiösen und politischen Zielen einen Unterschied machten und die der königlichen Regierung Vertrauen schenkten, wurden beseitigt, die Partei wurde immer geschlossener, disziplinarischer geleitet. Die Maigesetze wurden durch Hunderte von Kaplänen in einheitlicher Weise in den kleinen und großen Blättern zur Verhetzung des Volkes benutzt. Die Tribüne gab stets klare Anweisung dazu. Kurz, die Sache zeigte immer mehr Erfolg. Seit 1880 war der Sieg des Zentrums ziemlich entschieden. Die letzten Gesetze stellen einen Kompromiß mit dem Papste dar, den man früher als eine Demütigung des Staates angesehen haben würde. Er ist es vielleicht nicht, aber selbst wenn er es wäre, der Kompromiß war gegenüber einer so starken, nach Millionen zählenden verhetzten katholischen Minorität eine Herzenssache unsers Kaisers und auch der Wunsch vieler kampfesmüden Evangelischen, von denen die meisten nicht einmal ein Verständnis von der Bedeutung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

des Kampfes hatten. Mit dieser Thatsache hat man zu rechnen. Man kommt aber nicht an der andern Thatsache vorbei, daß die Thätigkeit des Zentrums schließlich als eine kirchenpolitisch erfolgreiche sich bewährt hat. Umsoweniger ist, wie schon angedeutet wurde, anzunehmen, daß diese Ausnutzung des freilich von dem Papste Gregor XVI. verfluchten Systems politischer Freiheit von dem Zentrum selbst oder von irgendeiner katholischen Autorität jetzt, wo es sich so machtvoll bewiesen hat, aufgegeben werden wird.

Der einzige Fall, in welchem das Zentrum sich verflüchtigen würde, wäre die Beseitigung der parlamentarischen Verfassung im Reiche und in den einzelnen Ländern. Ist durch irgend eine Umwälzung von oben oder unten die Gesellschaft nicht mehr durch ihre Repräsentanten fähig, auf die öffentlichen Dinge einzuwirken, haben also die weltlichen und kirchlichen Genossenschaften nicht mehr das Recht, durch Wahlen ihre Interessen zu vertreten, so ist es mit dem Zentrum vorbei, oder vielmehr die dann als Zentrum fungirenden Bischöfe hätten für gewöhnlich nur die kirchliche Sphäre zur Verfügung, nicht die politische. Aber dieser Fall widerspricht so sehr dem landläufigen Begriff von politischer Freiheit, daß man ihn für die nächsten fünfzig Jahre wohl für ganz ausgeschlossen ansehen kann. Und so lange die jetzige konstitutionelle Verfassung dauert, wird es sich die Kirche nicht nehmen lassen, die darin gegebene soziale Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung für ihre Interessen zu benutzen.

Dies ist für den umsoweniger zweifelhaft, der die Größe der ultramontanen Ansprüche an den Staat übersehen kann und weiß, wie viele dieser Ansprüche auch jetzt noch trotz der Erledigung der ärgsten Streitpunkte rückständig sind. Das ist etwas, was die Protestanten nicht gern durchdenken und nur mit Anstrengung erkennen. Sie bilden sich oft ein, ein weiterer Streit der Kurie habe keinen rechten Zweck; es sei ein Zustand der Befriedigung auf Seiten der Kurie zu erwarten, und somit eine Auflösung der kämpfenden Schaaren Windthorsts. Nichts kann irriger sein, als diese harmlose Ansicht. Das meiste und schwerste ist noch übrig, die Unterdrückung des Unglaubens durch die Herrschaft des Papstes über alle Könige, über den ganzen modernen Staat, der in der deutschen Reformation einen so gewaltigen Hebel gefunden hat. Auch ohne weitläufige Herbeiziehung der alten Bullen läßt sich dieser erhabene Traum der Kurie völlig verstehen. Die Kirche ist eben die Seelsorgerin für alle Getauften. Die Protestanten unter diesen befinden sich zu ihrem endlichen Seelenheil im Bann und müssen von der Kirche und nach deren Anleitung vom Staate zwangsweise wieder „zurückgeführt“ werden. Der Staat, der diese Pflicht einseitig ablehnt und Toleranz gegen die Ketzer übt oder diese gar begünstigt, thut Nichtiges. So sind die Prinzipien der Kurie längst formulirt und sind nie aufgegeben worden, können auch nicht aufgegeben werden. Leo XIII. hat sie in der November-Encyklika dem Wesen nach wieder eingeschärft, und nach Windthorst ist es sogar schon Thatsache, daß „der Greis im Vatikan die Welt regiert.“ Daß

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

es nicht ganz so schön steht, gesteht sich der Parteiführer wohl selbst. Er ist wie die Kirche elastisch und sieht auch die mächtigen Hindernisse, die dem Siege der Kirche über die ketzerischen Fürsten und Völker noch im Wege stehen, klar ein. Die moderne Zeit ist leider, wie schon Ketteler bedauerte, nach Gottes Zulassung in die Irre geraten, große Länder wollen von der alleinigen Wahrheit der römischen Kirche und ihrem Anspruch auf allgemeine höchste Souveränität nichts mehr wissen. Aber wenn somit die Durchführung der Ketzerbekämpfung durch den Staat für jetzt nicht erreichbar ist, so kann doch durch Gottes Gnade die Zeit wiederkommen, wo die Wasser des protestantischen modernen Unglaubens wieder ablaufen. Dann treten die alten Ketzergesetze wieder in Kraft. Und diesen herrlichen Zustand endlich herbeizuführen, muß das stete Ziel der seelsorgerlichen Arbeit der Kurie sein. Ist es schwer zu erreichen, so ist es umsomehr geboten, daß die Maschinerie der politischen Wahlen, die bisher schon so manches geleistet hat, daß die Organisation des Zentrums fortbestehe und in kluger Zusammenwirkung mit allen Parteien, die sich zu diesem Zwecke benutzen lassen, den Staat so leite, daß er nach und nach dem Papste alle Seelen unterwerfe, zu ihrem zeitlichen und ewigen Wohl wie zum Wohl der Gesellschaft. Dies ist ein völlig verständlicher Gesichtspunkt. Dieser Trieb wird jede Kirche, die göttlich-unfehlbare Wahrheiten zu besitzen glaubt, zur Anwendung der wirksamsten Mittel zwingen, um sich den Staat zu unterwerfen, in unsern Tagen also auch zur Benutzung der parlamentarischen Künste.

Denn die Sache ist keineswegs spezifisch der römischen Kirche eigen. Unser Kanzler hat von Anfang an gesehen, daß es sich bei diesem Kampfe um den uralten Gegensatz handelt, der schon in dem Rencontre zwischen Samuel und Saul hervortritt. Eine leichte Erwägung zeigt, daß zwei Elemente, die gewöhnlich miteinander verbunden sind, dieselben Reibungen mit dem Staate nach sich ziehen, welche die modernen kulturpolitischen Kämpfe charakterisiren, der Glaube an eine göttliche Offenbarung, deren Annahme und Beobachtung das göttliche Heil bedingt, und deren einzigen Depositäre wir, diese kirchliche Korporation, eben sind, und ein einflußreicher, kirchlicher Stand, ein Klerus, der diese Offenbarung auslegt, handhabt und vertritt. Auf die bestimmte Natur des Glaubens kommt es weniger an, wenn nur die nötige Intoleranz und die Energie einer herrschenden Direktion vorhanden ist. Dann entsteht sofort das Streben, alle profane Macht dieser religiösen Gemeinschaft dienstbar zu machen oder ihr doch soviele „Freiheiten" als möglich abzuringen. Man nennt diese Motive „ideal," denn scheinbar handelt es sich um die Rettung der Seelen. Mit einem „Gott will es!" tritt der große Haufe an Handlungen heran, die ganz ordinäre Zwecke verfolgen. Das Mittelalter lebte fortwährend in solchen Kämpfen, kirchliche Virchows hätten damals vom „heiligen Kultuskampf," dem umgekehrten Kulturkampfe, sprechen können, wie er gegen die Albigenser geführt wurde, und sonst wie oft!

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ein interessantes Beispiel, wie die protestantische Intoleranz ganz dieselben Erscheinungen hervorrufen konnte, wenn auch nicht so parlamentarisch ausgebildet, wie das Zentrum sie bietet, ist die anglikanische bischöfliche Opposition, die beinahe ein Jahrhundert gedauert hat. Die Opposition knüpfte sich an eine Toleranzverfügung des katholischen Jakob II. (1672), die allerdings im Interesse der Katholiken gegeben wurde, aber an sich völlig löblich war. Die frühere Zuneigung der anglikanischen Bischöfe zu dem katholischen Könige hörte plötzlich auf. Die Bischöfe verbanden sich mit ihren ehemaligen Feinden, und der Sturz der Stuarts trat ein. Es folgte Wilhelm III., den die Nation noch jetzt in hohen Ehren hält, aber wie verhielten sich die Bischöfe gegen den neuen protestantischen König? Sie merkten mit Zorn, daß er die Gegner der Kirche, die sogenannten Dissenters, fromme Menschen, die aber der Landeskirche nicht angehören wollten, hoch hielt, daß er die Privilegien der anglikanischen Kirche für Schottland aufhob, daß er also die Lehre vom göttlichen Recht der Bischöfe nicht anerkannte. Da gerieten sie in „heiligen Zorn." Sie verboten den Gläubigen, für den König und die Königin zu beten, weigerten den vorgeschriebenen Huldigungseid, und sechshundert Geistliche folgten den Bischöfen. Man betete für den geflüchteten katholischen König und seine Rückkehr, ohne zu bedenken, daß diese nur durch Bürgerkrieg möglich gewesen wäre. Als der Staat einige Bischöfe absetzte, erschollen ganz ähnliche Klagerufe von der „leidenden Kirche" wie in unsern Tagen. Die Abgesetzten fuhren fort, sich als Bischöfe zu geriren und ernannten weitere Bischöfe, sodaß noch bis 1779 zwei Arten von Bischöfen sich in die Anerkennung ihrer Herden teilten. Die Nation wandte sich mehr und mehr dem Staate zu und ließ die alten Bischöfe im Stich. Aber man sieht, daß prinzipiell die Sache ganz dieselbe ist. Die Menschen waren nur zu weit entwickelt, um an die ausschließlich göttliche Berechtigung der anglikanischen Kirche und ihrer Verfassung zu glauben, protestantische Häresie wurde auch gegen eine protestantische Kirche geltend gemacht. Seitdem ist der Gedanke der Toleranz bei den Evangelischen noch mehr durchgedrungen. Ein etwaiger evangelischer kirchenpolitischer Kampf würde insofern sehr wohl möglich sein, als es eben manche Interessen der evangelischen Kirche auch dem Staate gegenüber giebt, aber er würde nicht mit dem populären Erfolge und nicht mit dem Hochdruck geführt werden, den die Vorstellung einer allein berechtigten, von Gott gestifteten Kirche der Kurie zur Verfügung stellt, zumal da wir, in Verbindung damit, keinen Anlaß haben, einen hierarchischen Einfluß zu begünstigen, den die älteste christliche Kirche nicht gekannt hat. Dadurch ist die evangelische Kirche sehr im Nachteile gegenüber der römischen.

Vielleicht ist sie sonst im Vorteil. Das läßt sich am besten von den Kirchen aus beurteilen. Vom Standpunkte des Staates aus ist es eine ernste Frage, wie er dem ohne Zweifel munter fortbestehenden römischen Zentrumswesen Stand zu halten gedenkt, wie er es namentlich dann zu können hofft, wenn die Kurie

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ihre internationale Bedeutung in einem geeigneten Momente mit in die Wagschale wirft. Im einzelnen läßt sich darauf ja nichts im voraus festsetzen. Im allgemeinen aber ist gewiß, daß der deutsche Staat, der aus den Zeiten der heftigsten Aufreizungen und der populärsten Madonnenerscheinungen ohne Schwierigkeit und Gefahr hervorgegangen ist, für seinen äußern Bestand von jener Seite her nichts zu fürchten hat. Was den innern Zustand der Bürger angeht, so wird es auch bei der größten Anstrengung der Lügenpresse nicht gelingen, und jetzt noch weniger als vorher, den Staat als verfolgungssüchtig gegen die Katholiken gestimmt darzustellen. Es fragt sich nur, ob das Ideal der Kurie, durch den Staat die katholische Kirche zur herrschenden zu machen, in irgend einer Zukunft die bürgerlichen Gemüter oder doch die Parlamentarier in Deutschland so erfüllen oder sich ihnen als nützliches Prinzip z. B. in sozialen Nöten so empfehlen werde, daß die Freiheit der andern Staatsbürger und die freie Entwicklung unsrer Institutionen, sowie der Wissenschaft und Kunst geschädigt werden würde. Gelingt das trotz der modernen Mittel des Widerstandes, verfällt der Staat wirklich in diese Knechtschaft, so verdienen die Bürger ihr Loos und brauchen niemand anzuklagen als sich selbst. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß die Zukunft so sehr an den Resultaten der letzten drei Jahrhunderte irre werden wird, wieviel Thorheit dieselben auch entstellt und wieviel Jammer noch immer einen großen Teil der Menschheit drückt. Denn dies ist allerdings der Grund, der manche treffliche Patrioten in Betreff der Zukunft beunruhigt, daß Millionen gedrückter Arbeiter von dem Glücke des Daseins so wenig empfinden, daß ein Umsturz der Gesellschaftsordnung ihnen eher wünschenswert als bedenklich erscheint. Es ist wahr, daß auch diese von der katholischen Kirche keine wirkliche Hilfe erwarten; sie stehen eher in Opposition gegen dieselbe und wissen, daß in ganz katholischen Ländern wie Belgien und Spanien nicht bessere Zustände sind als in andern. Aber es ist nicht undenkbar, daß die von manchen als unabwendbar gedachte soziale Revolution eine Zeit lang alles in Barbarei und Ruin versenkt, und daß das Bedürfnis geistiger Freiheit nicht mehr gefühlt wird. Das wäre denn ein Zurückgehen ins Mittelalter, und für einen solchen neuen Kulturanfang ist der Katholizismus die natürliche Kirchenform. Aber auf solche sogenannte „leere" Möglichkeiten wollen wir nicht den Blick richten. Wir haben noch immer die Hoffnung, daß unsre Regierung die Unterstützung finden werde, den Arbeitern zu zeigen, daß der Staat die Pflicht der Hilfe ernstlich fühlt, und daß er durch thätiges Einschreiten die Kluft unter den sozialen Ständen so weit überbrücken werde, daß Vertrauen an die Stelle der Erbitterung tritt.

Wäre das, was der Osservatore Romano sagt, daß nämlich die soziale Reform dem Zentrum die Hauptarbeit der Zukunft wäre, ehrlich gemeint, so könnte man dem ja nur zustimmen. Aber man muß daran irre werden, wenn man die ultramontanen Parlamentarier in dieser Beziehung an der Arbeit sieht.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Da sind wohl vorzügliche Kenner der sozialen Frage, wie Hitze, aber sie wissen praktisch nichts Besseres als wir andern auch. Schöne Wünsche über Sonntagsheiligung, Normalarbeitstag, Kinderarbeit, Postbeschränkung können die soziale Frage so wenig lösen als Weihrauch und Weihwasser; Kolpingsche Gesellenvereine sind vortrefflich, aber sie thun es auch nicht. Ganz lächerlich war es, das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Umtriebe der Sozialdemokratie mit dem Bemerken zu verurteilen, daß die katholische Kirche, wenn die Maigesetze aufgehoben würden, das alles aufs schönste besorgen würde. So sehen wir also den künftigen Leistungen des Zentrums in sozialer Reform ohne große Hoffnung entgegen. Aber das ist unzweifelhaft, daß wir auf alle Fälle dem Zentrum noch ein langes Leben prophezeien können. Denn es sind dauernde Bedürfnisse der Kurie, für deren Befriedigung das Zentrum bestimmt ist.

Rußlands Finanzen und die Entwertung seiner Valuta.

Von Ludwig von Hirschfeld.

(Schluß.)

4.

Es ist notwendig gewesen, auf die Gründe der Entwertung des Papiergeldes tiefer einzugehen, weil nur aus der Erkenntnis derselben eine sichere Anschauung über die eigentliche Finanzlage Rußlands gewonnen werden kann. Der Mangel dieser Erkenntnis hat die Finanzleiter des Reiches häufig auf Irrwege geführt. Das beweist zur Genüge die vollständige Ergebnislosigkeit aller zur Hebung des Kurses angestellten Versuche und Reformpläne. Wie im vorigen Aufsatze darzuthun versucht wurde, sind es nicht die Ergebnisse der Handelsbilanz oder der auswärtigen Zinszahlungen, welche die Entwertung der Kreditbillets veranlaßten; ebensowenig ist die hohe Umlaufsziffer der letztern an sich die Ursache des Übels. Dieses wurzelt vielmehr in der Zwitterhaftigkeit des Papiergeldes selbst. Deshalb werden alle Versuche, den Parikurs wiederherzustellen, so lange erfolglos bleiben, als nicht das Papiergeldsystem geändert ist, es sei denn, daß Rußland durch eine außerordentliche (etwa auf dem Wege von Kriegskontributionen 2c. bewirkte) Goldeinfuhr oder durch Entdeckung neuer Goldminen im Lande seinen Metallschatz bedeutend zu vermehren und dadurch die Einlösbarkeit des Papiergeldes wiederherzustellen imstande wäre. Dieser Fall ist aber nicht zu erwarten.